THÜRINGER LANDTAG
6. Wahlperiode

Drucksache 6/5616
zu Drucksache 6/5571
24.04.2018

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 6/5571 -
Zukunft von Dieselfahrzeugen sichern - Fahrverbote verhindern

Verkehrskonzepte statt Verkehrsverbote

I. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Dieseltechnologie und die Verbrennungsmotoren generell erhalten und weiterentwickelt werden. Umweltfreundliche und effiziente Diesel- und Benzinmotoren gehören genauso zu modernen sauberen Antrieben, wie die Elektromobilität und andere innovative Techniken.

II. Der Landtag stellt fest, dass Fahrverbote ungeeignet sind, die Luftqualität entscheidend zu verbessern und deshalb zunächst alle anderen Ansätze abgearbeitet werden müssen, mit denen die Luftqualität in den Innenstädten nachhaltig verbessert werden kann.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. ein Konzept zu erarbeiten, das die Ziele des Landes für die Luftreinhaltung und die Maßnahmen hierfür im verkehrlichen Bereich beschreibt und dabei insbesondere folgende Punkte berücksichtigt:
   a) Entwicklung intelligenter Verkehrskonzepte für den Individualverkehr,
   b) Umstellung von Fahrzeugflotten auf emissionsarme Antriebe und Kraftstoffe,
   c) Erhöhung der Attraktivität des umweltfreundlichen, emissionsarmen öffentlichen Personennahverkehrs,
   d) Verlagerung von Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr und den Radverkehr,
   e) Digitalisierung des Verkehrs,
   f) Beschleunigung von innenstadtentlastenden Verkehrsinfrastrukturstrukturmaßnahmen;
2. die Kommunen bei ihren Aufgaben zur Luftreinhaltung insbesondere dahin gehend zu unterstützen, dass vor Ort die richtigen Maßnahmen unter strikter Wahrung der Verhältnismäßigkeit getroffen werden;
3. im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei den Automobilunternehmen darauf hinzuwirken, dass zügig ein umfassendes und wirksames Sofortprogramm zur Minderung der Belastung durch Stickstoff-

Druck: Thüringer Landtag, 25. April 2018

oxide von im Verkehr befindlichen Dieselfahrzeugen aufgestellt wird sowie erhebliche technologische Anstrengungen zur Verbesserung der Dieseltechnologie unternommen werden;

4. sich dafür einzusetzen, dass notwendige Nachrüstungen von Fahrzeugen nicht zu Lasten der Verbraucher gehen und die Automobilindustrie zu kundenfreundlichen und kostenfreien Nachrüstungen verpflichtet wird.

Begründung:

Die Schadstoffbelastung der Luft ist über die vergangenen Jahrzehnte hinweg signifikant gesunken. So sind die Stickstoffoxid-Emissionen im Verkehrsbereich seit 1990 um rund 70 Prozent zurückgegangen. Dennoch ist es unser klares politisches Ziel, die erforderlichen weiteren Verbesserungen bei der Luftqualität zu erreichen. Fahrverbote mögen dafür als ein verlockendes "Hauruck-Instrument" erscheinen. In der Abwägung mit den massiven sozialen und volkswirtschaftlichen Verwerfungen, die eine solche Maßnahme nach sich ziehen würde, sind Fahrverbote politisch weiterhin kein verhältnismäßiges Mittel. Pauschale Dieselverbote in den Städten wären ein Schlag gegen die Wirtschaft und die Verbraucher, die sich im Vertrauen auf die geltende Rechtslage ihre Autos gekauft haben.

Es ist durchaus problematisch, dass am Richtertisch Luftreinhaltung höher gewichtet wird als der Individualverkehr. Dies schränkt viele Menschen und Unternehmen in ihrer Mobilität ein. Die Lösung kann nicht sein, dass diese Diesel-KFZ-Nutzer künftig auf ihr Fahrzeug verzichten müssen.
Millionen Pendler, Familien oder Mittelständler haben in gutem Glauben in Dieselfahrzeuge investiert, die allen rechtlichen Anforderungen genügen. Wer sie jetzt mit einem pauschalen Fahrverbot belegen will, redet einer faktischen Enteignung und einem tiefen Eingriff in die individuelle Lebensführung vieler Millionen Bürger das Wort.
Solchen Bestrebungen, die die Bürger massiv schädigen, gilt es, Wahrheit und Realität entgegenzusetzen. Die Politik muss aufhören, die Menschen zu verunsichern.
Klar ist auch: Die Automobilbranche ist in der Pflicht, Schadstoffe zu reduzieren und die Umwelt zu entlasten. Das gilt für die Entwicklung neuer Motoren genauso wie für mögliche Umrüstungen.
Hier kann auch die Politik den Druck auf die Autobauer weiter erhöhen. Beide müssen sich ihrer Verantwortung stellen.

Für die Fraktion:

Mohring